Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1878

31.1.1878 (No. 26)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 31. Januar.

№ 26. Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei. 1878.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 17. Januar d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Bahnwart Xaver Kohler auf Wartestation 228 der Hauptbahn die silberne Verdienstmedaille zu verleihen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

† **Berlin**, 29. Jan. Die hiesige rumänische Vertretung ist ermächtigt, die von verschiedenen Zeitungen gebrachte Meldung, der Fürst von Rumänien solle zum König ausgerufen werden, auf's ausdrücklichste zu widerlegen. Rumänien habe seine absolute Unabhängigkeit proklamirt und halte diese Thatsache aufrecht, denke aber keineswegs daran, den traditionellen Titel seines Souveräns umzuändern.

† **Berlin**, 29. Jan. Die „Nordd. Allgem. Ztg." meldet: Das Staatsministerium versammelte sich in den letzten Tagen wiederholt und hielt auch gestern wieder eine Sitzung ab. Es handelt sich dabei namentlich um Stellungnahme zu verschiedenen zur definitiven Beschlußnahme stehenden Landtags-Arbeiten und um allgemeine parlamentarische Dispositionen. Eine Frühjahrs-Session gilt nach wie vor als unwahrscheinlich.

† **Rom**, 29. Jan. Die gegenwärtige Parlamentssession wurde geschlossen und das Parlament ist auf den 20. Febr. wieder einberufen.

† **Versailles**, 29. Jan. Die Kammer nahm trotz der Verwendung des Kriegsministers die von der Kommission für den Invalidenetat beantragte Reduktion desselben um 60,000 Frs. mit 251 gegen 230 Stimmen an, in der Absicht, den Posten des Gouverneurs der Invaliden eingehen zu lassen.

† **London**, 29. Jan. In der heutigen Unterhaus-Sitzung antwortete Northcote auf eine Anfrage Kenealy's, der Regierung sei nichts bekannt von einem Einvernehmen zwischen Rußland, Oesterreich und Deutschland zum Zweck eines Schutz- und Trutzbündnisses zur Theilung der Türkei. In Betreff einer dieser Mächte sei mindestens starker Grund vorhanden, die Wahrheit dieser Nachricht zu bezweifeln. In den nächsten Wochen werde es sich wahrscheinlich zeigen, ob diese Mächte zusammen oder separat handeln.

† **London**, 29. Jan. In Parlamentskreisen nimmt man an, die Debatte über die Kreditforderung werde etwa vier Abende in Anspruch nehmen. Das Amendement Forster's gegen die Kreditforderung ist eingebracht worden, um es Lord Hartington zu ermöglichen, beim Schluß der Debatte das Wort zu ergreifen.

† **London**, 29. Jan., Abends. Im Unterhause kündigte Forster an, er werde zu der Vorlage über die Kreditforderung einen Antrag einbringen. — Auf Befragen Chaplin's erwiderte Schatzkanzler Northcote, die Regierung habe noch keine Nachricht von der Unterzeichnung des Waffenstillstandes erhalten. — Unterstaatssekretär Lowther verlas ein Telegramm aus der Kapstadt vom 8. d., wonach der Aufstand in der Ausdehnung begriffen war und nur mit größeren Streitkräften unterdrückt werden könne. — Unterstaatssekretär Bourke erklärte auf Anregung Lefevre's: Die Vorlegung von auf Kreta bezüglichen Aktenstücken sei nicht erwünscht, daselbst gebe es keine Insurrektion, wohl aber Ruhestörungen. — Der Antrag Forster besagt: Das Haus sei durch die Thronrede benachrichtigt, daß keiner der Kriegführenden die Bedingungen der Neutralität verletzt habe; da das Haus keine weiteren Mittheilungen erhalten habe, welche eine Abweichung von der Neutralität hinreichend rechtfertigen könnte, so sehe es keinen Grund, die Lasten der Bevölkerung durch unnöthige Kredite zu vermehren.

Im Oberhause machte Lord Derby auf eine Anfrage von Emly folgende Mittheilung: Griechenlands Beschwerden über das Verhalten der ausgewanderten Tscherkessen seien berechtigt, so daß England vorstellig geworden sei, worauf die Pforte versprochen habe, die Ansiedlung der Tscherkessen nicht über eine bedeutende Entfernung von der griechischen Grenze hinaus auszudehnen. Es seien wiederholt Erkundigungen erfolgt, ob Griechenland bei einer eventuellen Konferenz zuzulassen sei; es sei darauf geantwortet worden, daß es noch nicht an der Zeit sei, diese Frage zu besprechen. Griechenland habe vernünftig gehandelt, indem es dem Kriege fernblieb; das begründe indeß nicht einen Anspruch auf benachbartes Gebiet. Die Vorlegung von Schriftstücken sei wegen der in Athen herrschenden kriegerischen Stimmung nicht thunlich.

× **Wien**, 29. Jan. Nach Telegrammen der „Polit. Korresp." aus Konstantinopel wird die Verzögerung der Unterzeichnung der Friedenspräliminarien mit dem Widerstand der Pforte gegen eine temporäre Besetzung Konstantinopels in Zusammenhang gebracht.

× **Belgrad**, 29. Jan. Die serbischen Kriegsoperationen werden eifrigst fortgesetzt. General Leschjanin hat auf dem Plateau von Petrovagora einen vollständigen Sieg über Hafiz Pascha erfochten.

× **St. Petersburg**, 29. Jan. Einem Telegramm des „Invalide" vom 26. d. zufolge ist in Adrianopel die Ruhe vollständig wiederhergestellt, die Bevölkerung beruhigt und hat das öffentliche Leben seinen gewöhnlichen Verlauf angenommen. Die Verkaufsbuden und Magazine sind wieder geöffnet und der Handel ist ein belebter. — Der „Invalide" veröffentlicht ein Handschreiben des Kaisers an den Großfürsten Nikolaus, womit Letzterem in Anerkennung des Ueberganges der Armee über den Balkan ein goldener, mit Diamanten geschmückter Säbel verliehen wird.

× **Konstantinopel**, 28. Jan. Wegen des andauernden Zuströmens von Flüchtlingen wurde die Polizei verstärkt.

× **St. Petersburg**, 29. Jan. Offiziell wird aus Semenli vom 25. d. gemeldet: General Skobeleff II. meldet: Die Befestigungen von Adrianopel sind ausgezeichnet angelegt; alle Profile sind dauerhaft mit steinernen Eskarpen und Contreeskarpen versehen. An Geschützen sind von den Türken nicht 26, sondern viel mehr zurückgelassen worden. Die genaue Zahl ist noch nicht bekannt. — Der letzten Meldung des Generals Gurko zufolge nahm die Kavallerie Skobeleff's I. am 19. d. außer den von den Kosaken Grekoff's erbeuteten 4 Geschützen noch 23, im Ganzen 53.

† **London**, 30. Jan. In Sheffield wurde ein Meeting einberufen, um das Parlament zur Ablehnung des Supplementarkredits aufzufordern. Dasselbe beschloß jedoch im Gegentheil, dem Kabinet sein volles Vertrauen auszudrücken.

† **Konstantinopel**, 28. Jan. Heute Nachmittag begaben sich mehrere Deputirte zum Großvezier, um die Besorgniß der Kammer bezüglich der Friedensverhandlungen auszudrücken und die Frage an ihn zu richten, ob die Pforte Nachricht über die Unterzeichnung der Friedenspräliminarien erhalten habe. Der Großvezier setzte ihnen auseinander, daß der telegraphische Verkehr mit dem russischen Hauptquartier sehr schwierig sei, daß jedoch Telegramme von den Bevollmächtigten erwartet würden.

× **Konstantinopel**, 29. Jan. Das Parlament hat die Regierung aufgefordert, die Albanesen, welche die gesammte Bevölkerung des Dorfes Stathopulo bei Burgas niedergemetzelt, und die Tscherkessen, welche Tschorlu angegriffen haben, zur Verantwortung zu ziehen. — Dem Parlament liegt ein Antrag auf Abschaffung der Zehnten vor. — Die egyptischen Hilfstruppen haben sich von Bozardjik auf Varna zurückgezogen. — Die Stadt Tschorlu ist von den Einwohnern und den Behörden verlassen. Mehemed Ali ist hier, kehrt aber baldigst nach Tschataldja zurück.

Kriegsnachrichten.

Berlin, 29. Jan. Ein unterrichteter Wiener Korresp. des „Journ. des Deb." meldet, auch Oesterreich sei nach näherer Prüfung mehrerer Punkte der russischen Bedingungen beunruhigt, namentlich wegen der unbestimmten Grenzen der autonomen Bulgarei.

Deutschland.

Karlsruhe, 30. Jan. Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben am heutigen Audienztage u. A. nachbenannte Herren vom Militär- und Civilstande empfangen: den Hauptmann und Kompagniechef Hübner vom 1. Ostpreußischen Infanterie-Regiment Nr. 45; den Hauptmann und Batteriechef Eisenhardt und den Hauptmann und Batteriechef Cruse vom 1. Bad. Feldartillerie-Regiment Nr. 14; den Secondelieutenant der Reserve Behaghel vom 1. Oberschlesischen Infanterie-Regiment Nr. 22; ferner: den Hofrath Dr. Winkelmann von Heidelberg; die Professoren Dr. H. Müller I., Dr. Bierbaum, Dr. Schäfer und Dr. Osthoff von Heidelberg; den Bezirksarzt Dr. Berton von Baden; den Revisor Wintermantel und den Fabrikanten Berblinger von hier, sowie eine Deputation des ehemaligen Amtsbezirks Rabolfzell.

Die Audienz währte bis halb 3 Uhr Nachmittags.

♂ **Berlin**, 28. Jan. Der Königl. Hof feierte gestern den Geburtstag Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Wilhelm, ältesten Sohnes der Kronprinzlichen Herrschaften, geboren am 27 Januar 1859. Unter den fürstlichen Gästen, welche zu den Vermählungsfeierlichkeiten am hiesigen Hofe erwartet werden, befinden sich JJ. KK. HH. der Prinz von Wales und der Prinz Arthur von Großbritannien, Herzog von Connaught. Die Ankunft Höchstderselben in Berlin erfolgt um die Mitte des Monats Februar. — Der gestern mitgetheilte Gesetzentwurf über die Stellvertretung des Reichskanzlers ist dem Vernehmen nach durch eine Denkschrift eingeleitet und vorbereitet, welche vom Fürsten Bismarck einige Tage nach Neujahr an Se. Maj. den Kaiser eingesendet wurde. Wie erinnerlich, hatte der Reichskanzler bei den Verhandlungen über seine Beurlaubung im vergangenen Frühjahr sich vorbehalten, dem Kaiser diejenigen Modalitäten darzulegen, unter denen er bereit sein würde, sein Amt weiter zu führen. Die erwähnte Denkschrift soll die erste für seine Majestät bestimmte Kundgebung des Fürsten Bismarck in dieser Angelegenheit bilden. Uebrigens findet die Vorlage in Betreff der Stellvertretung des Reichskanzlers in den hiesigen parlamentarischen Kreisen eine getheilte Aufnahme. Meinungsäußerungen von Mitgliedern des Abgeordnetenhauses, die auch Reichstags-Mitglieder sind, lassen bereits entnehmen, daß die Fortschrittspartei und das Zentrum sich gegen den neuen Gesetzentwurf erklären werden. Auf Seiten der nationalliberalen Partei gehen die Ansichten über denselben bedeutend auseinander. Letztere Erscheinung zeigt sich auch in konservativen Kreisen. — Aus Anlaß eines am 25. d. M. vom Abgeordnetenhause gefaßten Beschlusses hat der Kultusminister bei diesem Hause den Entwurf eines Gesetzes eingebracht, welches den Kommissarien für die Verwaltung des bischöflichen Vermögens in den erledigten Diözesen ausdrücklich die Befugniß beilegt, zur Durchführung ihrer gesetzlichen Anordnungen auch Zwangsmittel anzuwenden.

β. **Berlin**, 28. Jan. In der Sitzung des Bundesraths vom 15. Januar theilte der Vorsitzende mit, daß die italienische Regierung kurz vor Ablauf des vorigen Jahres beantragt habe, den deutsch-italienischen Handelsvertrag, welcher mit dem 31. Dezember zu Ende ging, bis zum 1. April d. J. zu verlängern, und daß, da die Kürze der Zeit die schleunigste Erledigung erheischt habe, dem Antrage Seitens der kaiserlichen Regierung zugestimmt worden und den Bundesregierungen davon Kenntniß gegeben sei. Mit Bezug auf diese Mittheilung wurde die Frage erhoben, wie sich das Zustimmungsrecht des Bundesraths zum Abschluß von Verträgen über die Verlängerung von Verträgen verhalte. Diese nicht unwichtige prinzipielle Frage wurde dem Ausschuß für die Verfassung zur Erwägung überwiesen.

Das Staatsministerium hat sich in den letzten Tagen wiederholt versammelt und auch heute wieder eine Sitzung abgehalten. Es handelt sich dabei vorzugsweise um die Stellungnahme zu den verschiedenen in beiden Häusern des Landtags zur definitiven Beschlußnahme stehenden Vorlagen und um die allgemeinen parlamentarischen Dispositionen. Eine Frühjahrs-Session gilt nach wie vor für unwahrscheinlich.

Bei den Verhandlungen über den Gesetzentwurf wegen Aufbringung der Gemeindeabgaben ist erneut der Wunsch geäußert worden, daß eine Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben sämmtlicher Kommunalverbände vorgelegt werden möge. Die Aufstellung einer vollständigen und allgemeinen Kommunal-Finanzstatistik, so wünschenswerth dieselbe erscheint, würde für die Mehrzahl der Landgemeinden mit Rücksicht auf den Zustand ihres Kassen- und Rechnungswesens und bei dem Mangel an Vorschriften für die Schätzung des Werths von Naturalabgaben und Naturalleistungen, sowie für die Gutsbezirke wegen der Schwierigkeit der Aussonderung und Feststellung der kommunalen Leistungen derselben zur Zeit nicht ausführbar sein. Auch hinsichtlich der Stadtgemeinden würde eine derartige Ermittelung mit vielfachen Schwierigkeiten und erheblicher Mühewaltung für die Gemeindebehörden verbunden sein. Da nun das Resultat derselben vorzugsweise nur hinsichtlich der größeren Städte mit umfangreicher Finanzverwaltung von Interesse sein wird, so hat der stellvertretende Minister des Innern solche Erhebungen zunächst in allen Gemeinden mit über 10,000 Einwohnern angeordnet.

Von der hiesigen diplomatischen Vertretung Rumäniens geht mir mit der Bitte um Verbreitung eine amtliche Erklärung zu, in welcher den Behauptungen gegenüber, daß der Fürst von Rumänien als König proklamirt werden solle, mit größtem Nachdruck versichert wird, Rumänien habe seine absolute Unabhängigkeit proklamirt, es halte diese Thatsache aufrecht, denke aber keineswegs daran, den traditionellen Titel seines Souveräns umzuändern. (La Roumanie a proclamé son indépendance absolue, elle maintient ce fait, mais elle ne pense nullement à changer le titre traditionnel de son Souverain.)

† **Berlin**, 29. Jan. Das Herrenhaus setzte die Berathung des Gesetzentwurfs über die Sitze der Land- und Oberlandesgerichte fort und beschloß für die Provinz Schlesien die Streichung des Landgerichts Brieg. Die Bestimmung des Oberlandesgerichtes für die Provinz Sachsen führte eine sehr umfangreiche Debatte herbei. Die Regierung und das Abgeordnetenhaus wollen als Sitz desselben Naumburg, die Justizkommission des Herrenhauses schlägt Halle vor. Graf Lippe beantragte die Wahl Magdeburgs. Goßler sprach sich für die Herstellung der Regierungsvorlage aus. Der Justizminister trat sehr lebhaft für die Regierungsvorlage ein und bemerkte, daß für Halle gar keine Gründe sprächen, die gewichtigsten aber für Naumburg. Die Regierung bitte auf's dringendste, bei Naumburg stehen zu bleiben. v. Witzleben und Goßler sprachen für Naumburg, Hasselbach für Magdeburg, was der Justizminister lebhaft bekämpfte. Schulze, Dernburg und Voß erklärten sich für Halle. Die Debatte wird sodann auf morgen vertagt.

† **Berlin**, 29. Jan. Das Abgeordnetenhaus verwies die Berichte über die Verwaltung des Hinterlegungsfonds pro 1877 und über die Verwaltung des Staatsschulden-Wesens

pro 1876 an die Budgetkommission und ertheilte zu den Rechnungen der Oberrechnungskammer-Kasse pro 1876 und I. Quartal 1877 Decharge; das Reblaus-Gesetz wurde im Wesentlichen nach den Kommissionsanträgen angenommen.

Hierauf folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Unterbringung verwahrloster Kinder. Abg. Dautzenberg spricht gegen den § 1, weil der Religion kein Einfluß auf die Kindererziehung gewährt werde; Löwenstein für die Kommissionsanträge; Zelle für das von ihm eingebrachte Amendement auf schärfere Begrenzung der Rechte des Vormundschaftsrichters. Minister Friedenthal erklärt sich gegen das Zelle'sche Amendement als unzweckmäßig und für die Regierungsvorlage; Brüel für den Zelle'schen Antrag. § 1 wurde mit dem Antrag Zelle, § 2 nach den Kommissionsanträgen, § 3 mit den Verbesserungsanträgen Miquels, die folgenden Paragraphen bis zum 7. nach den Kommissionsanträgen angenommen. — Nächste Sitzung morgen Abend 7 Uhr.

H **München**, 28. Jan. Durch königliche Entschließung wurde der Landtag bis zum 10. Februar verlängert. — Die Ausgaben für die bayrische Landtags-Versammlung und das Landtags-Archiv pro 1876 betrugen 555,985 M., das sind 245,985 M. mehr als im Budget stipulirt waren. Die Gründe dieser beträchtlichen Ueberschreitungen findet der Referent, Abg. Dr. Frankenburger, zum größten Theil in der langen Dauer der Sessionen. — Der gemäßigt ultramontane „Bayr. Kurier" glossirt die Austritte mehrerer Abgeordneter aus der patriotischen Kammerfraktion mit folgenden Zeilen: „Der Abg. Seiz ist nun auch aus der patriotischen Fraktion ausgetreten und der Abg. Schmelcher dürfte, nach seiner kürzlich abgegebenen Erklärung zu schließen, bald denselben Schritt thun, wenn er nicht schon geschehen ist. Die von uns prophezeite Zahl sechs wäre dann voll. Wie einer derselben durch einen Korrespondenten der „Allg. Ztg." in diesem Blatte versichern läßt, werden die Ausgetretenen von der Bildung einer neuen parlamentarischen Gruppe — einer äußersten Rechten — vorläufig absehen. Soweit wir die Persönlichkeiten kennen, würden auch in dieser Gruppe von 6 Köpfen mindestens 4 Meinungen herrschen. — Der Socialistenführer und Reichstags-Abgeordnete Liebknecht wird in der nächsten Zeit zur Abhaltung mehrerer Volksversammlungen, durch welche die Unterdrückung der Anarchistenbewegung beabsichtigt wird, aus Leipzig in München eintreffen. — Vor einiger Zeit wurde in Bayreuth ein Gymnasiast, welcher bei einem nächtlichen Skandale einen seiner Mitschüler mit dem Messer verwundete, von der dortigen Studienanstalt dimittirt. Das Kultusministerium hat indessen diese Strafe als zu mild befunden und über den genannten Gymnasiasten die Exklusion, d. h. Ausschließung von sämmtlichen bayr. Studienanstalten ausgesprochen.

H **München**, 29. Jan. Nach Mittheilung verschiedener Blätter wäre für den bischöflichen Stuhl in Speier der Lycealprofessor Dr. Lingg in Bamberg, früher Erzieher der Kinder des Prinzen Adalbert, in Aussicht genommen. Diese Nachricht ist mit großer Vorsicht aufzunehmen.

Ein Korrespondent des „N. C." versichert, daß Adele Spitzeder ihre Memoiren doch schreibt und ein Hamburger Verleger das fertige Manuskript um die Summe von 12,000 Mark acquirirt habe.

Oesterreichische Monarchie.

≌ **Wien**, 28. Jan. Die Abmachungen von Kasanlik sind seit heute hier und ohne Zweifel gleichzeitig auch den andern Mächten offiziell zugemittelt und jetzt ist der Zeitpunkt für den Beginn der europäischen Aktion gekommen, wenn auch zunächst noch nicht bestimmt werden kann, in welcher Form dieselbe einzuleiten sei. Zweierlei scheint speziell Oesterreich zu urgiren schon jetzt entschlossen, erstens die unbedingte Nothwendigkeit der Mitwirkung Europa's bei der Abgrenzung des für Rumänien, für Serbien und für Montenegro in Aussicht genommenen Gebietszuwachses und zweitens die absolute Unzulässigkeit einer auf längere oder gar auf ganz unbestimmte Zeit hinaus andauerden russischen Okkupation Bulgariens, welche thatsächlich die Sequestration der Türkei bedeuten würde. Im Uebrigen geben die von der „Polit. Korresp." schon vorgestern gebrachten Meldungen den Inhalt der Präliminarien, freilich nicht ganz erschöpfend, wieder, aber, so weit sie reichen, treu.

≌ **Wien**, 29. Jan. Man erwartet demnächst einen allerdings nicht identischen, aber gemeinsamen Schritt, in welchem Oesterreich und England nochmals konstatiren, daß sie eine Entscheidung über europäische Fragen ohne die Mitwirkung Europa's nicht als zulässig erachten und in welchem sie die Frage der Okkupation Bulgariens für eine europäische Frage erklären.

Frankreich.

♂ **Paris**, 29. Jan. Der Minister des Innern soll heute in der Kammer ein Krediterforderniß von 1,500,000 Fr. zur Aufbesserung des Soldes der Polizeisergeanten um 15 Fr. per Monat einbringen.

In den betheiligten journalistischen und sonstigen Kreisen hat es einen bedauerlichen Eindruck gemacht, daß Hr. Dufaure das vom Abgeordnetenhause votirte Amnestiegesetz nicht, wie man allgemein erwartet hatte, gestern im Senat eingebracht hat. Nun hat sich der Senat bis zum 7. Febr. vertagt und da es überdies bekannt ist, daß die Majorität des Oberhauses zum mindesten den Art. 2 der Vorlage, betreffend die politischen Ehrenbeleidigungen von Privatpersonen, unzweifelhaft ablehnen und das Gesetz also noch einmal an die Kammer zurückgelangen wird, werden sich die Wohlthaten dieser Amnestie auch im günstigsten Falle erst ziemlich spät fühlbar machen. Wenn man es mit dem Akte aufrichtig meint, verfährt man anders.

Eine aus Toulon eingelaufene Nachricht, sagt die legitimistische „France nouvelle", macht in der katholischen Welt einiges Aufsehen: das neue Ministerium soll, damit es nicht länger den Anschein habe, als ob das in einem korsischen Hafen weilende Kriegsschiff „Kleber" zur Disposition des heiligen Stuhls gehalten werde, dieses Schiff angewiesen haben, sich definitiv wieder dem Mittelmeer-Geschwader anzuschließen.

Man versicherte heute in Versailles, der Herzog Decazes habe sich Angesichts des hartnäckigen Widerstandes, auf welchen seine Kandidatur bei der äußersten Rechten des Senats stößt, entschlossen, dieselbe zurückzuziehen.

Heute Mittag begaben sich, wie der „Ordre" meldet, der Prinz Joachim Murat und Hr. Rouher in das Palais de l'Industrie, wo die Assentirung für das 1. Arrondissement der Stadt Paris stattfand. Als der Name Bonaparte ausgerufen wurde, trat Prinz Murat als Verwandter des Kaiserlichen Prinzen vor und zog an dessen Stelle die Nummer 307. Der Kaiserliche Prinz hätte eigentlich schon voriges Jahr an der Ausloosung Theil nehmen sollen, sein Name war aber auf der Rekrutenliste weggelassen und trotz seiner Beschwerde nicht zur rechten Zeit in dieselbe aufgenommen worden.

Badischer Landtag.

†† **Karlsruhe**, 30. Jan. 33. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitz des Präsidenten Lamey.

Am Regierungstische: Zu Anfang der Sitzung Präsident des Ministeriums des Innern Stösser, Ministerialrath Frey, später Präsident des Finanzministeriums Geh. Rath Ellstätter, Geh. Rath Nicolai und Geh. Referendär Kilian.

Nach Eröffnung der Sitzung wird durch das Sekretariat der Einlauf nachstehender Petitionen angezeigt:

1) übergeben von dem Abg. Bürklin (Karlsruhe): Bitte der Gemeinde Grießen um Verleihung eines Amtsgerichts-Sitzes daselbst;

2) Bitte des Gemeinderaths Haagen um einen Beitrag zu den Flußbau-Kosten;

3) übergeben von dem Abg. Stigler: Bitte der Stadtgemeinde Ettlingen, die Ablösung der sogenannten Pfarrkompetenzen betr.;

4) Bitte der Gewerbevereine des Kreises Mosbach, die Errichtung einer Baugewerke-Schule in Karlsruhe betr.

Letztgenannte Petition ist nach einer Erklärung des Präsidenten mit den übrigen in diesem Betreffe bisher eingekommenen Petitionen als erledigt zu betrachten. Die unter 1) genannte Petition geht an die Justiz-, die beiden übrigen an die Petitionskommission.

Der Präsident theilt dem Hause mit, daß der Abg. Marbe wegen dringender Geschäfte und der Abg. Seefels wegen heftigen Unwohlseins ihr Ausbleiben in heutiger Sitzung entschuldigt haben, sowie daß die Erste Kammer nach einer Mittheilung ihres Vorsitzenden das Budget des Großh. Handelsministeriums einschließlich der Kreditreste von der vorigen Budgetperiode nach den Beschlüssen der Zweiten Kammer genehmigt hat.

Die Tagesordnung führt zunächst zur Fortsetzung der Berathung des Budgets des Ministeriums des Innern, Tit. VIII—XI (Berichterstatter Abg. Hufschmid), und zwar bei Tit. X, Wissenschaften und Künste.

Abg. Mays will einen Gegenstand anregen, den er auf dem vorigen Landtage ohne Erfolg zur Sprache gebracht habe, nämlich die Organisation des Amtes der Konservatoren; Redner habe damals hervorgehoben, daß nur ein solcher in Baden sei, der diese Stellung noch dazu als Nebenamt einnehme und bei bestem Willen und höchster Begabung nicht im Stande sei, die ganze Aufgabe zu bewältigen, daß in andern Ländern je an größeren Orten Konservatoren mit eigenem kleinem Budget seien. Man habe inzwischen Erfahrungen in Heidelberg an den dort aufgedeckten Römerbauten gemacht, die dringend ermahnten, mehrere Konservatoren anzustellen. Baden enthalte nach seiner geographischen Lage, seiner Geschichte mehr an Alterthümern, als andere Länder; Thatsache sei aber, daß die Gegenstände vernachlässigt oder verschleudert werden. Das Urtheil des Professor Woltmann im Literarischen Centralblatt: Baden sei eines derjenigen Länder, die sich gegen ihre Denkmäler und Alterthümer am gleichgiltigsten verhalten — sei nicht ganz ungerechtfertigt.

Ministerialpräsident Stösser ist mit dem Vorredner einverstanden, daß den Bestrebungen auf Erhaltung und Erforschung unserer Alterthümer eine größere Ausdehnung gegeben werde, als bisher der begrenzten Mittel wegen erfolgen konnte. Die Regelung des Gegenstandes liege nicht so schlimm, wie vom Vorredner dargestellt; wir haben einen Konservator der Baudenkmäler und einen Konservator der Sammlungen, welche auch die Aufgabe haben, für die Erforschung und Erhaltung der Alterthümer und Denkmäler draußen im Lande zu sorgen und einem Rufe, der hierwegen an sie ergehe, bereitwillig folgen, soweit die Mittel hierzu hinreichen. Redner glaube, daß die beiden vorhandenen Konservatoren den Ansprüchen gerecht werden könnten, vorausgesetzt, daß ihnen die nöthigen Mittel geboten seien. Wenn aber die von der Kommission vorgeschlagenen Striche erfolgten (dieselbe beantragt, bei § 128 a. des ordentlichen Etats, Alterthumshalle, ethnographische und sonstige Sammlungen, statt 8400 M. nur 5000 M. und bei § 2 des außerordentlichen Etats für Grabarbeiten zu archäologischen Zwecken in Heidelberg statt 4000 M. nur 2000 M. zu bewilligen), werde man Genügendes nicht leisten können. Redner bitte also, die Regierung bei jenen beiden Posten zu unterstützen.

Der Berichterstatter Abg. Hufschmid äußert sich dahin, daß an Orten, wo keine Alterthumsvereine bestehen, Spezialkonservatoren aufgestellt werden sollen, um Verschleuderungen und Zerstörungen zu verhindern.

In der Einzelberathung wird § 124 a., Sammlungengebäude, nach dem Kommissionsantrage mit 6000 M. statt der in der Vorlage angeforderten 6500 M., und § 125 a., Hof- und Landesbibliothek, mit 23,000 statt 25,000 M. genehmigt.

Zu § 128 a. stellen die Abgg. Strübe, Bürklin, Schneider, v. Blittersdorff, Frech und Hansjakob den Antrag, daß die von der Budgetkommission mit 5000 M. veranschlagte Summe wieder in dem von der Regierung verlangten Betrage von 8400 M. eingestellt und genehmigt werde.

Antragsteller Strübe begründet denselben mit warmen Worten, entwirft ein Bild der bestehenden Sammlungen und hebt deren Bedeutung hervor, verweist darauf, was in andern Ländern, z. B. in Württemberg, für solche Sammlungen bewilligt werde, und zeigt, daß der in Baden, welches in archäologischer Beziehung nur oberflächlich durchsucht und nicht graphisch dargestellt sei, nach dem Striche der Budgetkommission zur Durchforschung des Gebietes und für Neuanschaffungen übrig bleibende Betrag gänzlich ungenügend sei.

Regierungskommissär Ministerialrath Frey befürwortet den Antrag Strübe. Man bedürfe der angeforderten Mittel, um den Zielen der Wissenschaft gerecht zu werden; es handle sich um ein werthvolles vaterländisches Interesse und sei nicht zu verhehlen, daß die Pflege der badischen Alterthümer, deren Wichtigkeit mit Recht hervorgehoben worden sei, in den letzten Jahren hinter dem, was in andern Ländern geschehe, zurückgeblieben sei.

Gegen den Antrag Strübe äußert sich Abg. Fauler: Man solle die oft gehörte Mahnung zur Sparsamkeit nicht außer Acht lassen und sich auf das Nothwendigste beschränken; er empfehle den Kommissionsantrag, der diesen Standpunkt einnehme.

Abg. Nopp: Er empfehle ganz energisch den Antrag Strübe; zur Erforschung unserer alten Geschichte, besonders z. B. der sog. Hügelgräber müsse mehr geschehen.

Ebenfalls für den Antrag Strübe's spricht Abg. Junghanns.

Abg. Friderich hält den von der Budgetkommission vorgeschlagenen Betrag, der noch etwas höher sei als im vorigen Budget, für hinreichend. In Zeiten wie die gegenwärtigen müsse man über unumgängliche Bedürfnisse nicht hinausgehen und dort, wo es sich um Spezialinteressen, um Liebhabereien handle, größere Ausgaben vermeiden.

Regierungskommissär Ministerialrath Frey entgegnet auf die Ausführungen der Abgg. Fauler und Friderich und begründet nochmals im Einzelnen die Regierungsanforderung. Mit der bisherigen Höhe der Position könne man nicht argumentiren, da erst jetzt, nach der während der letzten Budgetperiode vollzogenen Ordnung und Aufstellung der Sammlung, das Bedürfniß sich überblicken lasse. Redner hoffe, daß die Anschauung nicht zur Geltung komme, daß wissenschaftliche Bestrebungen Liebhabereien seien.

Abg. Hansjakob würde es für kleinlich halten, nachdem man ein so schönes kostbares Sammlungsgebäude hergestellt, jetzt an der Sammlung selbst einen verhältnißmäßig geringen Betrag sparen zu wollen.

Ein Schlußantrag von den Abgg. Heidenreich, Frank von Theningen und Morstadt wird angenommen. Nach kurzen Bemerkungen des Berichterstatters wird der Antrag Strübe abgelehnt.

Zu den folgenden Positionen des ordentlichen, sowie denjenigen des außerordentlichen Etats, bei welchen die Kommission noch verschiedentliche Striche vorgeschlagen hat, werden keine Bemerkungen gemacht; die unter Tit. X gestellten Anforderungen werden nach den Kommissionsanträgen mit 139,694 M. im ordentlichen und 6000 M. im außerordentlichen Etat genehmigt.

Bei Tit. XI, milde Fonds und Anstalten, beträgt die Anforderung der Regierung, mit welcher die Kommission sich einverstanden erklärt, unter § 142, Beiträge zu Lokalunterstützungs-Fonds, statt wie bisher 39,856 M. nur 3699 M.

Hierzu ergreift Abg. v. Blittersdorff das Wort. Auf dem vorigen Landtage habe, wie vielmals seit Beginn der Landtage, das Haus zu Protokoll erklärt, daß die Ausbezahlung dieser Beiträge, soweit dem Bezuge derselben ein Rechtsanspruch oder ein dringendes Gebot der Billigkeit nicht zu Grunde liege, eingestellt werden solle. Der Stadt Karlsruhe sei nun der früher immer bezahlte Betrag von 16,410 M. entzogen, weil eine privatrechtliche Verpflichtung zu dieser Leistung nicht vorliege. Redner berufe sich nicht auf Billigkeit, vertrete nur den Rechtsstandpunkt; von demselben aus scheine ihm mindestens zweifelhaft, ob nicht ein Recht der Stadt Karlsruhe vorliege, er bitte deßhalb, die Sache nochmals gründlich zu untersuchen, eventuell möge man einen Vergleich anbieten.

Ministerialpräsident Stösser: Es handle sich hier um eine Rechtsfrage, die nicht unerhebliche Verpflichtungen der Staatskasse betreffe. Dem seit einer sehr großen Reihe von Landtagen immer wieder gestellten Antrage, die Verpflichtung zur Leistung der Beiträge zu Lokal-Unterstützungsfonds zu untersuchen und, wenn weder Rechts- noch Billigkeitsgründe vorliegen, die Leistungen einzustellen, sei durch eine ausführliche, eingehende und gründlichste Untersuchung des gesammten Aktenmaterials entsprochen worden. Das Resultat war, daß ein Recht nicht vorliege; der Verwaltungshof, das Großh. Ministerium des Innern, das der Finanzen, das Großh. Staatsministerium, dem die Frage zur Entscheidung vorlag, stimmten in diesem Ergebnisse überein. Die Stadt Karlsruhe sei schon vor Jahr und Tag aufgefordert worden, sich über die Beiträge zu äußern, ohne daß eine Darstellung von derselben eingekommen wäre. Wenn man also etwaige Urkunden der Stadt Karlsruhe nicht zu prüfen in der Lage gewesen, sei dies lediglich deren Schuld. Wie die Großh. Regierung sei auch die Budgetkommission zu dem Ergebnisse gelangt, daß eine Rechtspflicht des Staates nicht vorliege. Gründe der Billigkeit verschmähe der Vorredner selbst und in der That gebe es auch keinen Grund dafür und wäre sonderbar, daß der Staat der Stadt Karlsruhe, einem blühenden Gemeinwesen, einen Armenbeitrag

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

geben sollte. Hiernach war die Großh. Regierung nicht im Stande anders zu handeln, als die Beiträge aufzuheben.

Abg. v. Feder ist mit der Regierung und der Budgetkommission nicht einverstanden. Es handle sich bezüglich der Beiträge für Mannheim (20,948 M.) nicht um Akte der Gnade, sondern um Rechtstitel aus den Jahren 1803, 1807 und 1808. Man erkläre, keine Urkunden zu finden, auf die ein Recht der Gemeinden sich stütze, allein man möge sorgfältig in allen Archiven suchen. Die materielle Auslegung, die man den vorhandenen fürstlichen Urkunden gebe, sei unrichtig. Schon 1819 auf dem ersten Landtage sei eine Untersuchung der fraglichen Positionen beantragt worden; habe man sie damals bestehen lassen, wo man noch frische Kenntniß der Verhältnisse besaß, so sei nicht wohl gethan, jetzt an eine durch Urkunden und lange konstitutionelle Uebung festgestellte Forderung zu rühren. Es werde nichts übrig bleiben als ein Prozeß, in dem es auf Auslegung von Worten ankomme. Man möge auch jenen ungeschriebenen Rechtssatz bedenken: an einem Fürstenwort solle man nicht rütteln und nicht deuteln. Die Ansicht eines obersten Gerichtshofes, sei dies nun noch das Oberhofgericht oder das künftige Reichsgericht, sei dem Redner nicht zweifelhaft. Vielleicht wäre es am besten, im Vergleichswege die Frage zu erledigen.

Ministerialpräsident Stösser hat dem Vorredner das Gleiche entgegen zu halten, wie dem Abg. v. Blittersdorff, könnte sich also einer weiteren Antwort enthalten, wenn der Vorredner die Frage nicht noch auf ein anderes Gebiet übergeleitet hätte; so aber müsse er noch bemerken: Das Gefühl der Pietät sei gewiß bei der Großh. Regierung vorhanden und habe die sorgfältigste Prüfung veranlaßt, allein nach gewissenhafter Untersuchung habe sich die Frage, ob eine Pflicht des Staates vorliege, zum Nachtheile der Stadt Mannheim entschieden.

Abg. Stigler tritt für Rastatt ein, das 452 M. eingebüßt hat; Recht bleibe Recht, Billigkeit Billigkeit; Redner bezweifle nicht, daß die Stadt Rastatt, wenn sie mit ihrer Urkunde aus dem Jahre 1771 und mehr als 100jähriger Uebung den Civil-Rechtsweg betreten würde, obsiegte. Auch zwischen Fürst und Volk gebe es Verpflichtungen. Rastatt werde wohl kaum einen Prozeß anfangen, aber die Frage möge nochmals untersucht werden, und Redner seinerseits empfehle bei Rastatt auch Billigkeitsgründe in Betracht zu ziehen.

Abg. v. Blittersdorff und Ministerialpräsident Stösser tauschen einige Bemerkungen.

Die Diskussion wird geschlossen.

Der Berichterstatter entwickelt seinen Standpunkt: Die Großh. Regierung sei mit aller Gründlichkeit vorgegangen, 246 Aktenfaszikel seien geprüft worden. Nach Redners Ansicht liegen nur Vergünstigungen, keine den Charakter von Dotationen und Stiftungen auf ewige Zeiten tragenden Berechtigungen vor. Dies ergebe sich aus der rechtlichen Natur der vorliegenden Verhältnisse und den Regeln der Auslegung. Redner führt dies weiter aus.

Der Präsident erinnert den Redner, sich nicht zu tief auf den Rechtsstandpunkt einzulassen.

Der Berichterstatter bricht hierauf ab.

§ 142 wird sodann nach dem mit dem Regierungsvorschlage übereinstimmenden Kommissionsantrage angenommen.

Zu § 143, Beiträge zum Verein für Rettung sittlich verwahrloster Kinder 5142 M., meint Abg. Junghanns, auch dieser Beitrag erscheine ihm nicht mehr ganz zeitgemäß.

Tit. XI wird hierauf mit 186,843 M. für jedes der beiden Budgetjahre genehmigt.

Hiermit ist das Budget des Ministeriums des Innern erledigt.

Das Haus geht zur Berathung des von dem Abg. Bengel erstatteten Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Finanzministeriums, Tit. I bis V der Ausgabe über.

Tit. I, Ministerium, und Tit. II, General-Staatskasse, werden ohne Diskussion nach den mit den Regierungsanforderungen übereinstimmenden Kommissionsanträgen genehmigt.

Zu Tit. III, Baubehörden, beklagt Abg. Frank von Theningen, daß der Geschäftsgang bei den Baubehörden ein langsamer sei und namentlich die Abrechnungen oft lange auf sich warten lassen. Er bitte, daß den Bezirks-Baubehörden aufgegeben werde, solche Verzögerungen nicht mehr eintreten zu lassen.

Ministerialpräsident Geh. Rath Ellstätter: Er sei auch kein Freund von Verzögerungen und werde in jedem einzelnen Falle, wo eine Beschwerde an ihn gelange, Abhilfe schaffen; man möge sich nur in solchen Fällen beschwerend an die Oberbehörde wenden.

Tit. IV, Aufwand auf Central-Staatsgebäude, und Tit. V, Domänenverwaltung, werden angenommen.

Zu B., Einnahmen, I. aus eigenthümlichen Liegenschaften, will Abg. Friderich darauf aufmerksam machen, daß die vor einer Reihe von Jahren ergangene Verordnung, einzeln liegende Parzellen zu veräußern und die übrigen Güter zu arrondiren, sich als eine sehr glückliche Maßregel bewährt habe.

Zu der ebenfalls hierher gehörigen Einnahme aus Holz macht Abg. Friderich eine weitere Bemerkung.

Die Einnahmen I, II, aus Lehen und Berechtigungen, III vom Grundstock und IV, verschiedene Einnahmen, werden genehmigt.

Es folgt Berathung des von dem Abg. Kopfer erstatteten Berichtes der Budgetkommission über das Budget des Großh. Finanzministeriums, Tit. VII—XIV der Ausgabe.

Sämmtliche Titel, VII Salinenverwaltung, VIII Zollverwaltung, IX Münzverwaltung, X Allgemeine Kassenverwaltung, XI Schuldentilgung, XII Pensionen, XIII Prozeßkosten, XIV Verschiedene und zufällige Ausgaben, nebst den aufrecht zu erhaltenden Krediten, sowie die ensprechenden Einnahmen werden genehmigt, wobei nur zu Titel VIII, Zollverwaltung, Abg. Junghanns bemerkt, daß er hier in öffentlicher Sitzung nochmals als bedauerlich hervorheben wolle, daß die von der deutschen Reichsverwaltung, welcher die Zollgefälle zufließen, für die Grenz-Zollverwaltung an Baden vergütete Bauschsumme nicht hinreiche, den wirklichen Aufwand zu decken, worauf Ministerialpräsident Geh. Rath Ellstätter erwidert: Nur um Mißverständnissen vorzubeugen, wolle er hervorheben, daß nicht der Großh. Regierung allein, sondern allen Einzelstaaten eine Bauschsumme vergütet werde, die denjenigen gegenüber, die eine große Landesgrenze besitzen, allgemein nicht hinreiche; es sei dies ein Mißstand, der der Großh. Regierung Anlaß gebe, sich zu bemühen, eine Aenderung herbeizuführen, und Redner hoffe, daß diese Bemühungen bald zu einem befriedigenden Resultate führen.

Hiermit sind die Gegenstände der heutigen Sitzung erledigt.

Durch das Sekretariat wird nachstehende, von dem Abg. Blum übergebene Petition nachträglich angezeigt:

Allerunterthänigste Bitte der Bewohner des sog. Sattelbacherhofes, ihre Lostrennung von der Gemeinde Sattelbach, Bezirksamt Mosbach, betr.

Der Präsident eröffnet noch, daß nach einer Zuschrift des Präsidenten des Großh. Staatsministeriums derselbe bereit sei, die Interpellation v. Feder über die Ausführung des Staatsvertrages mit Bayern vom 23. Nov. 1871 bei Gelegenheit der bevorstehenden Kammerverhandlungen über das Eisenbahnbau-Budget für 1878/79 zu beantworten, theilt weiter mit, daß er selbst wegen der Kreisversammlung in Mannheim für 2 Tage von hier abwesend sein müsse und daß die nächste Sitzung nach Verständigung mit dem ersten Vicepräsidenten Kiefer von demselben nächsten Freitag den 1. Febr., Vormittags 9 Uhr abgehalten werde; sodann wird die Sitzung geschlossen.

Badische Chronik.

Mannheim, 29. Jan. Im Juli d. J. findet hier die Versammlung deutscher Müller und Mühlenin teressenten statt.

Mosbach, 28. Jan. Der badische Verein für Geflügelzucht hat im vorigen Jahre unter Anderm auch die Aufgabe sich gestellt, zweckmäßige Hühnerrassen einzuführen und sich ganz besonders der Einfuhr von Italiener-Hühnern unterzogen. Landwirthschafts-Lehrer Römer hat das Geschäft besorgt und bezog 29 Sendungen mit zusammen 1340 Stück Hähne und Hühnern.

Neuhäusel, 27. Jan. Bei den beiden letzten hier abgehaltenen Holzversteigerungen ist das Holz durchschnittlich 20 Proz. unter der Taxe abgegeben worden.

Müllheim, 29. Jan. Die Probefahrt und feierliche Uebergabe der Linie Müllheim-Mülhausen soll am 31. Januar und am 1. Februar die Eröffnung des allgemeinen Verkehrs stattfinden.

Vermischte Nachrichten.

— Breslau, 25. Jan. Der achtzigste Geburtstag des Dichters Karl v. Holtei wurde gestern überaus festlich begangen. Um 10 Uhr Vormittags erschien eine Deputation des Festkomité's, bestehend aus dem Kommandanten von Breslau, Generallieutenant v. Wulffen, dem Oberpräsidenten von Schlesien, v. Puttkamer, dem Professor Dr. Stenzler und dem Redakteur Dr. Max Kurnik. Der Oberpräsident überreichte dem Jubilar im Auftrage des Kaisers unter Verlesung der betreffenden Kabinetsordre einen Orden. Die „an den Schriftsteller Herrn v. Holtei" gerichtete kaiserliche Kabinetsordre lautet: „Ich habe vernommen, daß Sie am 24. d. M. Ihr achtzigstes Lebensjahr vollenden werden. Gern nehme Ich Anlaß, Ihnen zu diesem Erinnerungstage Meine Glückwünsche zu widmen und mit denselben in Anbetracht der gedeihlichen Weise, mit welcher Sie während Ihres reichen und bewegten Lebens durch Ihre dichterische Thätigkeit auf die Kulturentwicklung des deutschen Volkes eingewirkt haben, den erneuten Ausdruck Meiner Anerkennung zu verknüpfen. Als besonderes Zeichen derselben verleihe Ich Ihnen das Ritterkreuz des königlichen Hausordens von Hohenzollern und lasse es Mir zum Vergnügen gereichen, Ihnen anbei die Dekoration zu übersenden. (gez.) Wilhelm." Generallieutenant v. Wulffen richtete dann im Namen des Komité's eine beglückwünschende Ansprache an den Gefeierten, worin er ihm die Mittheilung von der Begründung einer Holtei-Stiftung machte und ihn um seinen Beirath zur weiteren Führung ersuchte. Eine Deputation, bestehend aus dem Landes-Hauptmann Regierungsrath v. Uthmann und Landessyndikus Regierungsrath a. D. Marcinowsky, beglückwünschte den Jubilar im Namen der Provinz Schlesien und überreichte ihm einen werthvollen silbernen Pokal. Eine Deputation der Stadt Breslau, bestehend aus dem Oberbürgermeister Dr. v. Forckenbeck, dem Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Lewald, dem Stadt-Schulrath Thiel und dem Justizrath Leonhard, händigte dem Dichtergreise eine Gratulationsadresse ein und eine Deputation des Vereins Breslauer Presse überreichte ihm einen Lorbeerkranz und eine Widmung. Auch die Berliner Publicistik war durch einen Glückwunsch vertreten. Die hiesige Studentenschaft entsandte eine Deputation und die „Breslauer Dichterschule" eine Festnummer ihrer Monatsschrift. Aus fast allen Gauen Deutschlands trafen über tausend Glückwünsche in Form von Kränzen, Blättern, Telegrammen und brieflichen Zuschriften ein und in vielen Städten der Provinz Schlesien wurde der Tag besonders gefeiert. Im hiesigen Stadttheater kam Lorbeerkranz und Bettelstab, im Lobe-Theater Hans Jürge, Sie schreibt an sich selbst, und 33 Minuten in Grüneberg, lauter Dichtungen Holtei's, zur Aufführung. In Liebich's Etablissement fand eine ganz auserlesene musikalische Festfeier statt, bei welcher Professor Karl Weinhold die Jubelrede hielt. Das Portal des Klosters der barmherzigen Brüder, bei denen Holtei, der übrigens Protestant ist, sich in Pflege gegeben hat, war mit einer lateinischen Glückwunsch-Inschrift geschmückt. Die größte Freude hatte Holtei am Nachmittag seines Ehrentages, als ihn seine einzige in Graz (Steiermark) lebende Tochter — die Frau Advokat Potpeschnigg — nebst ihrem Sohne besuchte.

± Metz, 29. Jan. Ein dieser Tage hier vorgekommener Mordanfall macht in hiesiger Stadt gegenwärtig viel von sich reden, da sämmtliche Betheiligte noch im Knabenalter stehen. Der 15jährige Arthur Rubin, in Verbindung mit dem 14jährigen Peter Brück, war mit dem 13jährigen Karl Menges in Streit gerathen, wobei Letzterem mehrmals mit Erschießen gedroht wurde. Zur Ausführung dieser Drohung kauften sich die beiden Ersteren ein zweiläufiges Terzerol und luden dasselbe mit Kugeln. Hierauf suchten sie ihren Spielkameraden, der sich auf dem Platze vor dem Chambièrethor aufhielt, auf und schossen ihn in den Hals. Der Verwundete wurde alsbald in das Spital gebracht, während die beiden jugendlichen Uebelthäter verhaftet wurden. — Am 16. Februar wird im Stadthause von einem Komité, an dessen Spitze der Gouverneur der Festung, Generallieutenant v. Schwerin, und Bezirkspräsident Frhr. v. Reitzenstein stehen ein Ball veranstaltet, dessen Ertrag für die Metzer Armen bestimmt ist. Es ist dies das erste Mal, daß sich die stattlichen Räumlichkeiten des Stadthauses der eingewanderten Gesellschaft öffnen.

— Stuttgart, 28. Jan. Kommerzienrath Schiedmayer, Inhaber der weitbekannten Pianoforte-Fabrik, ist gestorben.

Nachschrift.

† **London**, 30. Jan. Aus der dem Parlamente mitgetheilten neuesten Korrespondenz ist hervorzuheben: Layard theilte Derby am 25. Jan. mit, die Friedensbedingungen kämen einer Vernichtung des türkischen Reiches in Europa gleich. Eine Depesche Gortschakoff's an Schuwaloff vom 24. d. M. besagt: Nach eingegangenen Berichten würden türkische Truppen nach Gallipoli dirigirt, gleichwohl wies der Kaiser den Großfürsten an, in dieser Richtung zwar Beobachtungscorps vorzuschicken, aber nicht bis Gallipoli vorzurücken. Rußland blieb daher nicht nur seinen Intentionen treu, sondern that noch mehr, wenn wirklich türkische Reguläre sich in Gallipoli befinden sollten. — Ein Memorandum Derby's an Schuwaloff hebt hervor: die Vermeidung auch nur einer temporären Besetzung Konstantinopels sei wünschenswerth; er hoffe, Rußland werde, um jede Störung der guten Beziehungen zu vermeiden, keinen Versuch machen, Konstantinopel und die Dardanellenstraße zu besetzen. Andernfalls behalte sich England alle zum Schutze seiner Interessen nöthigen Schritte vor. Gortschakoff antwortete darauf: Der Kaiser intendire jetzt so wenig wie vor dem Kriege eine Besitzergreifung Konstantinopels, der Kaiser behalte sich aber volle Aktionsfreiheit vor, welche das Recht eines jeden Kriegführenden sei.

Frankfurter Kurszettel.

(Die fettgedruckten Kurse sind vom 30. Jan., die übrigen vom 29. Jan.

Staatspapiere.

Deutschl. 4% Reichs-Anleihe	95½	**Oesterr. 4% Goldrente**	64⅜
Preußen 4½% Oblig. Thlr.	104¾	**Oesterr. 5% Papierrente**	
Baden 5% „ fl.	103½	Zins 4½%	54⅞
„ 4½% „ Thlr.	101⅞	Luxem- 4% Obl. i. Fr. à 28 kr.	94⅞
„ 4% „ fl.	95¼	burg 4% „ i. Thl. à 105 kr.	95
„ 4% „ M.	95½	Rußland 5% Oblig. v. 1870	
„ 3½% „ v. 1842 fl.	94⅙	£ à 12.	87¾
Bayern 4½% Obligat. fl.	100½	„ 5% do. von 1871	85¼
„ 4% „ fl.	—	Schweden 4½% do. i. Thlr.	—
„ 4% „ M.	94½	Schweiz 4½% Bern Stts obl.	—
Württemberg 5% Obligat. fl.	103½	**N.-Amerika 6% Bonds 1885r von 1865**	98¾
„ 4½% „ fl.	101½	„ 5% dto. 1904r (10/40r v. 1864)	102
„ 4% „ fl.	95½	3% Spanische	12¾
Nassau 4% Obligationen fl.	95¼	**Bolle französ. Rente**	109
Gr. Hessen 4% Obligat. fl.	97⅛	4½% Carlsruher	101¾
Oesterr. 5% Silberrente Zins 4½%	57⅝		

Aktien und Prioritäten.

Reichsbank	155¼	5% Donau-Drau	56
Badische Bank	102⅞	5% Franz-Josef-Prior.	—
Deutsche Vereinsbank	—	5% Kronpr. Rudolf-Prior. von 1867/68	65⅝
Darmstädter Bank	109¾	5% Kronpr. Rud.-Pr. v. 1868	64½
Oesterr. Nationalbank	697	5% öst. Nordwestb.-F. i. S.	74
Oesterr. Kredit-Aktien	197	5% „ „ Lit. B.	65
Rheinische Kreditbank	84	5% Vorarlberger	60⅛
Deutsche Effektenbank	107⅝	5% Ungar. Ostb.-Prior. i. S.	55⅛
4½% pfälz. Maxbahn 500 fl.	114¼	5% Ungar. Nordostb. Prior.	57¼
4% Hess. Ludwigsbahn 250 fl.	78	5% Ungar. Galiz.	—
5% öst. Frz. Staatsbahn	224.20	5% Ungar. Eis.-Anl.	70¼
5% „ Süd-Lombarden	—	5% östr. Süd-Lomb. Pr. i. Fr.	81
5% „ Nordwestb.-A.	94¼	3% östr. Süd-Lomb.-Pr.	47⅝
5% Rud.-Eisnb. 2. Em. 200 fl.	102½	5% österr. Staatsb.-Pr.	—
5% Böhm. Westb.-A. 200 fl.	152½	3% österr. Staatsb.-Pr.	65⅝
5% Franz-Josef-Eisenb.	—	3% Lyorn. Pr., Lit. C, D & D.	44¼
Galizier	211	5% Rheinische Hypothekenbank-Pfandbriefe Thlr.	101¼
5% Mähr. Grenzb.-Pr. i. S.	52⅝	4½% „	96¾
5% Böhm. Westb.-Pr. i. Silb.	78	6% Pacific Central	101
5% Elisab. B.-Pr. i. S. 1. Em.	78⅜	6% Südl. Pac. Missouri	72½
5% dto. „ 2. Em.	—		
5% dto. steuerfr. 1878 „	69⅛		
5% do. (Neumarkt-Rieb)	71¼		

Anlehensloose und Prämienanleihe.

3½% Preuß. Prämi. 100 Thl.	137	Oestr. 4% 250 fl. Loose v. 1854	99
Cöln-Mindener 100-Thaler-Loose	110½	„ 5% 500 fl.- „ v. 1860	108⅞
Bayr. 4% Prämien-Anl.	121⅞	„ 100-fl.-Loose v. 1864	258.—
Badische 4% dto.	120¼	Unger. Staatsloose 100 fl.	156.50
„ 35-fl.-Loose	137.70	Raab-Grazer 100 Thlr. Loose	70½
Braunschw. 20-Thlr.-Loose	83.60	Schwedische 10-Thlr.-Loose	43.60
Großh. Hessische 25-fl.-Loose	—.—	Finnländer 10-Thlr.-Loose	38.—
Ansbach-Gunzenhaus. Loose	24.60	Meininger 7-fl.-Loose	19.—
		3% Oldenburger 40-Thlr.-S	113⅞

Wechselkurse, Gold und Silber.

London 10 Pfd. St. 3%	203.8	Ducaten . . . Mk.	9.50—55
Paris 100 Frcs. 2%	81.—	20-Francs-St. „	16.17—21
Wien 100 fl. östr. W. 4½%	171.—	Engl. Sovereigns „	20.30—35
Disconto . . l. S. 4 6/8		Russische Imperial „	16.65—70
Holländ. 10-fl.-St. Mk.	16.65	Dollars in Gold „	4.16—19

Tendenz: Schlußfestigkeit.

Berliner Börse. 30. Januar. Kreditaktien 393.—, Staatsbahn 449.50, Lombarden 137.50, Disc. Commandit 120.20, Reichsbank 155.—. Tendenz: schwach.

Wiener Börse. 30. Januar. Kreditaktien 228.10, Lombarden —.—, Anglobank 101.50, Napoleonsd'or 9.43½. Tendenz: flau.

New-York, 30. Januar. Gold (Schlußkurs) 102⅛.

☞ **Weitere Handelsnachrichten in der Beilage Seite II.**

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Goll in Karlsruhe.

Großherzogl. Hoftheater.

Donnerstag, 31. Jan. 1. Quartal. **16.** Abonnements-vorstellung. Neu einstudirt: **Die Komödie der Irrungen,** Lustspiel in 3 Akten nach Shakespeare von Holtei. **Er muß taub sein,** Lustspiel in 1 Akt nach Moineaux von Malten. Anfang ½7 Uhr.

Agenturen werden errichtet.

Norddeutscher Lloyd.

Directe Deutsche Postdampfschifffahrt

von nach

BREMEN — AMERIKA.

nach Newyork:	nach Baltimore:	nach New-Orleans:
jeden Sonntag.	jeden zweiten Mittwoch.	einmal monatlich.

Directe Billets nach dem Westen der Vereinigten Staaten.

Nähere Auskunft ertheilt die **Direction des Norddeutschen Lloyd** in **Bremen**, sowie deren **alleiniger General-Agent für Baden**

Julius Goldschmit in **Mannheim** (Ludwigshafen a. Rh.)

und die Haupt-Agenten **K. Schmitt & Sohn** in **Karlsruhe**, **Hirschbach & Marx** in **Mannheim**. U.752. 1.

Agenturen werden errichtet.

Verpachtung zweier größerer Güter.

Die der Grundherrschaft von Racknitz gehörigen Güter zu Heinsheim und Zimmerhof, Gr. badischen Bezirksamts Mosbach, in nächster Nähe der Saline Rappenau gelegen, werden mit den dazu erforderlichen — meist neuen und zweckmäßig eingerichteten Gebäuden an Lichtmeß 1879 pachtfrei und sollen auf 12 eventuell 18 Jahre einzeln oder zusammen am

Montag den 11. Februar d. J., Vormittags 10 Uhr,

im Salinenhôtel zu Rappenau im öffentlichen Aufstreich unter durchaus günstigen Bedingungen wieder verpachtet werden:

Das Heinsheimer Gut mißt 525 Morgen Gärten, Aecker und Wiesen neubadisches Maaß, liegt am Neckar in nächster Nähe von 2 Bahnen; das Zimmerhöfer Gut mißt 588 Morgen neubadisches Maaß Gärten, Aecker und Wiesen, ist vollständig arrondirt, grenzt an das Heinsheimer Gut an und hat gleich günstige Verkehrsmittel. Beide Güter sind sehr ertragsfähig, in gutem baulichem Zustande und reichlich mit tragbaren Obstbäumen der besten Sorten versehen; Pachtlustige, jedoch nur tüchtige Landwirthe, welche die nöthige Caution in Liegenschaft, Faustpfänder oder mittelst Vorausbezahlung des Pachtgeldes zu leisten im Stande sind, wollen sich zur Einsicht und weiteren Verläßigung an den Freiherrlich von Racknitz'schen Gärtner Maier in Heinsheim, Eisenbahnstation Rappenau wenden, bei der Aufstreichsverhandlung aber am gedachten Tage und zur festgesetzten Stunde mit den nöthigen gehörig beglaubigten Ausweisen versehen, persönlich sich einfinden. (238 I.) U.654. 2.

Heinsheim, Post Rappenau, den 21. Januar 1878.

Freiherrl. v. Racknitz'sches Rentamt.

Arztstelle vacant!

U 754. 1. In einem freundlichen Städtchen des badischen Oberlandes, in schöner Gegend, mit bevölkerter Umgebung, wird durch den Wegzug eines Arztes dessen Stelle bald vacant. Einem strebsamen tüchtigen Arzte wäre ein reichliches Einkommen sicher. Zu wenden an die Expedition dieses Blattes unter T 500.

U.763. 1. **Karlsruhe. Gesucht eine gesunde Amme; zu erfragen Amalienstraße Nr. 20 im 3. Stock.**

Pferde-Verkauf.

U.721. 2. **2 Pferde**

1 Schimmel, — 1 Rappe — 10jährig, kräftig, mit guten Knochen, gut zugeritten, vor der Front gehend, sind dem Verkaufe ausgesetzt.

Näheres in der Expedition dieses Blattes und bei Thierarzt **Hönig** in **Freiburg i. B.**, Zähringerstraße 15.

Kaufgesuch.

U.723. 2. Ein gut erhaltener **Concertflügel** wird zu kaufen gesucht. Offerten bei der Expedition dieses Blattes niederzulegen.

Ruhr-Stückkohlen

ab Zeche zu billigsten Preisen empfehlen

Franz Schunck & Co.

U.724. 3. **in Mannheim.**

U.753. 1. Urloffen.

Stammholz-Versteigerung.

Die Gemeinde Urloffen versteigert am

Dienstag den 5. Februar l. J.,
Vormittags 10 Uhr,

im diesjährigen Holzschlag
25 starke Holländereichen,
28 kleinere Eichen,
4 Klötze,
43 Eschen und
156 Erlen.

Die Zusammenkunft ist im Stellweg in der Nähe des Orts.

Jedoch wird bemerkt, daß eine Holländereiche 4,87 Festmeter im Schlag Nr 1 liegt, welche vorher eingesehen werden kann.

Urloffen, den 29. Januar 1878.
Bürgermeisteramt.
Schneider.

U.727. 2. Ubstadt.

Stammholz-Versteigerung.

107 Stück zu Boden liegende Eichstämme läßt die Gemeinde

Montag den 4. Februar l. J.,
Morgens 9 Uhr,

auf der Hiebsfläche (Kallenberger-Straße) öffentlich gegen Baarzahlung versteigern.

Ubstadt, den 26. Januar 1878.
Das Bürgermeisteramt.
Speckert.

U.747. 1. Durlach.

Nutzholz-Versteigerung.

Aus den Stadtwaldungen Durlach versteigern wir mit Borgfristbewilligung bis 1. Oktober d. J. nachfolgende Nutzhölzer:

Mittwoch den 6. Februar
im Distrikt Bergwald:
38 Stämme meist starke Eichen,
18 „ „ „ Rothbuchen,
4 „ starke Birken;

Donnerstag den 7. Februar
im Distrikt Gaisenrainwald:
23 Stämme meist starke Eichen,
37 „ „ „ Eschen,
162 „ starke Erlen,
67 „ Pappeln,
6 „ Weiden,
3 „ Birken,
2 „ Weißbuchen,
2 „ Ahorne, und
71 Stück akazien Werkholz (Rundstücke) von 4 m Länge und 22 cm Durchmesser.

Die Waldhüter Matt und Horst in Durlach werden diese Nutzhölzer auf Verlangen vorweisen.

Die Zusammenkunft ist am ersten Tag am Hohenwettersbacher Fußweg im Holzschlag und am zweiten Tag im Gaisenrain bei den Schießständen, jeweils Vormittags 9 Uhr.

Durlach, den 26. Januar 1878.
Städtische Bezirksforstei.
Kettner.

Bürgerliche Rechtspflege.

Vermögensabsonderungen.

X.48. Nr. 1268. Konstanz. Die Ehefrau des Christian Kienzle, Brigitta, geb. Schneckenburger, von Oberbaldingen hat gegen ihren Ehemann eine Vermögensabsonderungs-Klage erhoben. Zur mündlichen Verhandlung ist Tagfahrt auf

Donnerstag den 14. März 1878,
Vormittags 8½ Uhr,

anberaumt, was zur Kenntnißnahme der Gläubiger bekannt gemacht wird.

Konstanz, den 28. Januar 1878.
Großh. bad. Kreis- und Hofgericht.
Civilkammer II.
Rieder.
Schaaff.

X.50. Nr. 890. Karlsruhe. Die Ehefrau des Müllers Karl Woll von Bretten, Elisabetha, geb. Steiner, hat gegen ihren Ehemann Klage auf Vermögensabsonderung erhoben, zu deren Verhandlung in öffentlicher Gerichtssitzung Tagfahrt auf

Samstag den 2. März 1878,
Vormittags 8½ Uhr,

angesetzt wird. Dies wird zur Kenntniß der Gläubiger gebracht.

Karlsruhe, den 28. Januar 1878.
Großh. bad Kreis- und Hofgericht.
Civilkammer I.
Wielandt.
W. Köhler.

X.52. Nr. 836. Karlsruhe. Die Tagfahrt zur Verhandlung über die Vermögensabsonderungsklage der Ehefrau des Waldhüters Johann Mayer in Lichtenthal, Sofie, geb. Knobloch, wurde auf

Donnerstag den 7. Februar 1878,
Vorm. ½9 Uhr,

verlegt, was zur Kenntniß der Gläubiger gebracht wird.

Karlsruhe, den 26. Januar 1878.
Großh. bad. Kreis- und Hofgericht.
Civilkammer II.
Gerbel.
Zeiser.

Strafrechtspflege.

Ladungen und Fahndungen.

B.997. Section III., J. Nr. 207. Rastatt. Wider nachgenannte Militärpersonen:

I. Vom 1. O./S. Infanterie-Regiment Nr. 22:
1. Unteroffizier Moritz Pähtz aus Düben, Kreis und Regierungsbezirk Merseburg;

II. vom 3. bad. Infanterie-Regiment Nr. 111:
2. Unteroffizier Paul Louis August Borbe von Spandau, Regierungsbezirk Potsdam;
3. Musketier Jakob Rohmann aus Schleitbal, Kreis Weißenburg,
4. Militärbäcker Josef Schwarz von Markolsheim, Kreis Schlettstadt;

III. vom badischen Fuß-Artillerie-Bataillon Nr. 14:
5. Unteroffizier Martin Siebert von Rastatt,
6. Kanonier Johann Remeitre von Fegersheim, Kreis Erstein;

IV. vom 2. badischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 30:
7. Kanonier Friedrich Schwarz von Schapbach, Amt Wolfach, und
8. Kanonier August Spotheiser von Reichenbach, Amt Lahr,

ist der förmliche Desertionsprozeß im Contumacialverfahren eröffnet worden.

Dieselben werden hiermit aufgefordert, sich innerhalb drei Monaten, spätestens aber in dem auf

Samstag, den 25. Mai c.,
Vormittags 11 Uhr,

im hiesigen Kommandantur-Gerichtslocale anberaumten Termine zu gestellen, widrigenfalls sie nach Abschluß der Untersuchung in contumaciam für fahnenflüchtig erklärt und in eine Geldbuße von 150—3000 Mark werden verurtheilt werden.

Rastatt, den 28. Januar 1878.
Königliches Commandantur-Gericht.

X.25. Nr. 1252. Konstanz. In Anklagsachen gegen Gerson Jauch von Kappel, Hermann Schuhmacher von Neuhausen, Josef Billian von Schabenhausen, Wilhelm Faller von Villingen, Karl Friedrich Hermann Schilling von Villingen, Johann Nepomuk Wittmann von Weilersbach und Willibald Grieshaber von Weilersbach, wegen Verletzung der Wehrpflicht, findet die Hauptverhandlung am

Mittwoch den 20. Februar,
früh 8½ Uhr,

statt, wozu die Angeklagten mit dem Androhen vorgeladen werden, daß im Falle ihres Ausbleibens das Urtheil nach dem Ergebnisse der Untersuchung werde gefällt werden.

Konstanz, den 27. Januar 1878.
Großh. bad Kreis- und Hofgericht,
Strafkammer.
Stein.
Rothweiler.

Verweisungsbeschlüsse.

X.20 Nr. 5837. Raths- und Anklagekammer. Freiburg.

J. A. S.
gegen
Franz Anton Huber von Oppenau,
wegen Diebstahls.

Franz Anton Huber von Oppenau wird unter der Anschuldigung:

daß er auf dem Lilienhofe seinem Nebenknecht Josef Feurer von Lauf in zwei selbständigen Handlungen aus dessen, im gemeinschaftlichen Schlafzimmer stehenden verschlossenen Koffer, welchen er jeweils einmal mittelst Anwendung eines Messers, gewaltsam erbrach,
1. am 10. Juni d. J. 6 M. und
2. in der Zeit vom 10. bis 15. Juni d. J. 9 M.,
in der Absicht rechtswidriger Zueignung weggenommen habe,

auf Grund der §§ 242 243 Z. 2, 74 des R.St.G.B, § 26 d G.B. Art. 15 und 17 des b. E.G. § 207 St P O.,

wegen mehrfachen, mittelst Erbrechens eines Behältnisses verübten schweren Diebstahls

in Anklagestand versetzt, und zur Aburtheilung vor die Strafkammer dahier verwiesen.

Dies wird dem flüchtigen Angeklagten hiermit bekannt gemacht.

Freiburg, den 7. Dezember 1877.
Großh. bad. Kreis- und Hofgericht.
Fetzer.
Reber.

X.11. Nr. 4317. Mannheim. In Untersuchungssachen gegen Peter Stumpf von Neckargemünd wegen Körperverletzung.

Nach Ansicht des § 26 der Gerichtsverfassung, Art. 15—17 des Einführungsgesetzes zum R.St.G.B. und der §§ 205, Ziff 5 und 207 der Strafprozeßordnung wird erkannt: Peter Stumpf von Neckargemünd, 22 Jahre alt, lediger Schiffer, sei unter der Anschuldigung:

„daß er am 10. Juni d. J. zu Neckargemünd vorsätzlich den Stephan Bühler von Hockenheim dadurch körperlich mißhandelte, daß er ihn mit einem Messer in den rechten Oberschenkel stach",

auf Grund der §§ 223 und 223a. des R.St.G.B. wegen vorsätzlicher, mit einem Messer verübter Körperverletzung in Anklagestand zu versetzen und zur Aburtheilung vor die Großh. Strafkammer in Mannheim zu verweisen. Mannheim, den 12. Juli 1877.

Dieses wird dem abwesenden Angeklagten hiermit eröffnet.

Mannheim, den 19. Januar 1878.
Großh. bad. Kreis- und Hofgericht — Raths- und Anklagekammer.
Guyet.
Ueberrhein.

Verm. Bekanntmachungen.

U.742. Freiburg.

Bekanntmachung.

Zur Aufstellung des Lagerbuches der Gemarkung und Gemeinde Holzhausen, Amtsbezirk Emmendingen, ist Tagfahrt auf

Mittwoch den 6 Februar,
Vormittags 9 Uhr,

auf dem Rathhause in Holzhausen anberaumt.

Die Grundeigenthümer dieser Gemarkung, zu deren Gunsten Grunddienstbarkeiten bestehen, werden aufgefordert, diese Dienstbarkeiten unter Anführung der Rechtsurkunden dem Unterzeichneten in genannter Tagfahrt zu bezeichnen.

Freiburg, den 28. Januar 1878.
Bezirksgeometer
Schmutz.

U.743. Breisach.

Steigerungs-Ankündigung.

In Folge richterlicher Verfügung werden der Therese Häspele, ledig von Breisach

Dienstag den 19. Februar d. J.,
Nachmittags 3 Uhr

im Rathhause dahier die unten beschriebenen Liegenschaften der Gemarkung Breisach öffentlich versteigert und endgiltig zu Eigenthum zugeschlagen, wenn wenigstens der Schätzungspreis geboten wird, als:

1.
2 Viertel Acker im Hämmerles Winkel (am Hildsgraben), neben Franz Ulmann und Rudolf Schano . . . . . . 380 Mk.

2.
2 Viertel Acker und Damm im Urhau, neben Andreas Wunderle Wittwe, Erben und Josef Diedena . . . . . . 516 —

Summa . 896 Mk.

Hievon erhält die unstät herumziehende Schuldnerin Therese Häspele mit folgenden Bemerkungen Nachricht:

a. der Erlös ist vom Steigerer mit 5% vom Zuschlagstage an zu verzinsen und baar zu bezahlen;
b. wenn die Schuldnerin die Versteigerung auf Zahlungsziele wünscht, so hat sie eine schriftliche Einwilligung der Gläubiger oder eine vor den letzten 8 Tagen vor der Versteigerung nachzusuchende richterliche Verfügung beizubringen;
c. etwaige Einwendungen gegen diese und die weiteren Versteigerungsbedingungen, sowie gegen die Schätzung sind vor Ablauf der letzten 8 Tage vor der Versteigerung bei Großh. Amtsgericht Breisach vorzubringen;
d. Schuldnerin hat zur Behändigung aller weiteren Benachrichtigungen einen dahier wohnenden Gewalthaber aufzustellen, ansonst solche mit der gleichen Wirkung, wie wenn sie ihr selbst eröffnet wären, an die Gerichtstafel dahier angeschlagen würden.

Breisach, den 19. Januar 1878.
Der Großh. Notar des Districts Breisach I.
Stibinger.

U.746. 1. Bruchsal.

Steigerungs-Ankündigung.

Aus der Gantmasse des Bierbrauers Emil Heck dahier werden

Samstag den 2 März d. J.,
Nachmittags 2 Uhr,

im Rathhause dahier nachbeschriebene Liegenschaften nebst den dazu gehörigen Fahrnissen versteigert und der Zuschlag ertheilt, wenn der Anschlag oder mehr geboten ist.

I. Liegenschaften:

1.
37,3 Ruthen Bruchsaler Maß zweistöckiges Wohnhaus, Hofraum, Brauerei, Scheuer, Stallung und Keller an der Hauptmarktstraße dahier, neben Damian Ehret, Johann Georg Manz Wittwe u. Johann Prestinari Erben, vornen die Hauptmarktstraße, hinten Spitalgasse und Johann Prestinari Erben.

2.
1 Viertel 5 Ruthen Baum- und Grasgarten mit Ueberbau, gewölbten Kellern und Eiskeller bei der Wasserburg, neben Philipp Auderer und Peter Buchmüller.

Zusammen taxirt zu . . 100,000 M.

II. Fahrnisse.

Die zum Brauereibetrieb gehörigen, in der Versteigerungstagfahrt näher bezeichnet werdenden Fahrnisse, im Gesammtanschlag von . . . 8,890 M.

Summa . 108,890 M.

Einhundert achttausend achthundert neunzig Mark.

Bruchsal, den 25. Januar 1878.
Großh. Notar
Kirchgeßner.

U.744. Stein. (Holzversteigerung.) Aus dem Domänenwald Buchwald, Abth. Dachsbauschlag, werden wir mit Borgfrist bis 1. November d. J. versteigern,

Donnerstag den 7. Februar d. J.,
Vormittags 10 Uhr,

auf dem Rathhaus in Singen:

12 Ster eichenes Nutzholz, Küferholz, 4 und 6 Fuß lang; 168 Ster buchenes, 41 eichenes und 4 Ster forlenes Scheitholz; 127 Ster buchenes, 17 eichenes, 1 kirschbaumenes und 2 Ster forlenes Prügelholz; 50 Ster buchenes und 7 Ster eichenes Stockholz; 2600 Stück buchene und 150 Stück gemischte Wellen.

Inzwischen wird dieses Holz von Waldhüter Nonnenmacher in Untermutschelbach auf Verlangen vorgezeigt werden.

Stein, den 27. Januar 1878.
Großh. bad. Bezirksforstei.
Beideck.

U.758. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Für den Verkehr zwischen Basel und Mannheim haben vom 1. März l. J. an ausschließlich die Frachtsätze des internen Gütertarifs vom 1. Februar l. J. Anwendung zu finden.

Karlsruhe, den 30. Januar 1878.
General-Direktion.

U.759. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Mit dem 1 Februar l. J. kommen im Verkehr sämmtlicher diesseitiger Güterstationen mit Maximiliansau und Ludwigshafen neue Frachtsätze zur Anwendung. Für Ludwigshafen-Basel werden jedoch bis zum 1. März, für Ludwigshafen-Schaffhausen und Konstanz bis auf Weiteres die bisherigen Taxen der einschlägigen Tarife bestehen bleiben, soweit sie den Interessenten gegen die neuen Taxen Vortheile bieten.

Der neue Tarif kann um den Preis von 20 Pfg. bei den Güterexpeditionen am Sitze unserer Bahnämter bezogen werden.

Karlsruhe, den 30. Januar 1878.
General-Direktion.

U.760. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Zu dem Ausnahmetarif für den Holzexport aus Bayern nach Mannheim ꝛc vom 1. Oktober 1877 gelangt ein vom 1. Februar l. J ab giltiger Nachtrag I zur Ausgabe, welcher Frachtsätze für den Holzexport von weiteren bayerischen Stationen enthält.

Exemplare dieses Nachtrages sind bei Großh. Bahnamte Mannheim unentgeltlich zu erhalten.

Karlsruhe, den 30. Januar 1878.
General-Direktion.

U.761. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Zu dem Tarif für den direkten Personen- und Gepäckverkehr zwischen der Badischen Bahn und der Main-Neckar-Bahn ist ein vom 1. Februar 1878 giltiger V. Nachtrag erschienen.

Derselbe enthält Bestimmungen und Tarifsätze über die Beförderung von Hunden ꝛc., sowie von Extrazügen, Salon-, Kranken- und besonderen Gepäckwagen.

Karlsruhe, den 30. Januar 1878.
General-Direktion.

Holzversteigerung

aus Großh. Hardtwald

Freitag den 8. l. M. in Abthl. Alter Acker:

225 Eichen, 9 Forlen, 1 Tanne, Stämme I., II. und III. Klasse,
69 Eichen, Klötze IV. Klasse.

Samstag den 9. l. M., in sämmtlichen Eichen-Beständen:

8 Ster buchenes, 43 Ster eichenes Scheitholz I. Klasse, 32 Ster eichenes Scheitholz III. Klasse, 1076 Ster eichenes Stockholz.

Dienstag und Mittwoch den 12. und 13. l. M.,

in Abthl. Eggensteiner Neufeldschlag:

370 Forlen, Stämme I., II. und III. Klasse.

Zusammenkunft am 8. und 9. auf der Stutenseer Allee an der Kanalbrücke früh 9 Uhr, am 12. und 13. auf der Linkenheimer Allee am Hagsfelder-Eggensteiner Weg früh ½11 Uhr.

Karlsruhe, den 28. Januar 1878.
Großh. Bezirksforstei Eggenstein.
v. Kleiser. U.757. 1.

U.667. 3. Freiburg.

Vergebung von Eisenarbeiten.

Die Lieferung von 204 eisernen Zellenbettstellen und 32 Stück für Wärter- und Krankenabtheilungen für die neue **Centralstrafanstalt hier**, soll im Submissionswege in Akkord gegeben werden.

Die Werkzeichnungen, Akkordbedingungen und Muster können von heute an im Geschäftszimmer des Unterzeichneten (Röderstraße 9. 1. Stock) eingesehen werden.

Die Angebote sind per ein Stück Bettstelle, fertig am Ort montirt, längstens bis

Montag den 4. Februar d. J.,
Vormittags 10 Uhr,

versiegelt und mit der Aufschrift „Angebot für eiserne Bettstellen" versehen, portofrei bei mir einzureichen.

Freiburg, den 23. Januar 1878.
Hemberger,
Großh. Bezirks-Bauinspektor.

U.735. 2. Straßburg und Altbreisach.

Verkaufs-Anzeige.

Nach Vollendung eines Kanalbaues sind zu verkaufen ein complet ausgerüsteter, in gutem Zustande befindlicher großer **Dampfbagger**, Leistungsfähigkeit bis 400,00 cbm pro Tag. Zu dem Bagger gehören 3 fast noch neue eichene Schiffe von je 30000,00 k Tragfähigkeit. Verkaufspreis mit Schiffen 20000,00 Mark.

Auskunft ertheilen

Wolff & Schulze,
Straßburg und Altbreisach.

(Mit einer Beilage).

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg